

Ein Traum geht in Erfüllung – aber der Verwirklichungsprozess hat ziemlich lange gedauert. Zu dem Zeitpunkt des Beitrittes Ungarns in die Europäische Union wird es genau zehn Jahre her sein, dass die damalige ungarische Regierung ihren Antrag am 1. April 1994 vorgelegt hat – mit großem Enthusiasmus, verbunden mit einer Menge Optimismus, dass diese Bitte sobald wie möglich erhört wird.

Wenn man aus der jetzigen Situation heraus zurückblickt, muss man feststellen, dass von den zehn Beitrittsländern, denen die Tür zur EU am 1. Mai des nächsten Jahres geöffnet wird, nur zwei – Zypern und Malta – ihre Anträge früher als Ungarn vorgelegt haben und die meisten nicht so lange haben warten müssen wie wir, obwohl von Anfang an anerkannt wurde, dass, gemessen an den verschiedenen Kriterien, Ungarn die bei weitem besten Chancen gehabt hat, obzwar von Anfang an klar war, dass die Beitrittsverhandlungen unter eindeutigen Bedingungen geführt würden.

Endre Juhász, der ungarische Chefunterhändler – zurzeit Minister ohne Portfolio, zuständig für die Europapolitik in der Regierung –, sagte damals ganz klar aus: „Das ist das Gebot der Wahrheit zu sagen: Wir werden nicht als gleichrangige Partner verhandeln. Aus der Sicht Ungarns ist die Integration eine Sache der Anpassung. Die Beitrittsverhandlungen bedeuten nichts anderes, sowohl die Festlegung der Art und Weise als auch des zeitlichen Ablaufs dieser Anpassung.“

Die Verzögerung in zwei Stufen – erstens zwischen 1994 und 1998, das heißt zwischen der Antragstellung und dem tatsächlichen Beginn der Verhandlungen, zweitens vom Herbst 1998 bis Ende 2002 – hat in der ungarischen politischen Elite eine nicht geringe Enttäuschung verursacht. Nachdem Ungarn seinen Eintrittswillen so rasch und so eindeutig formuliert hatte, hoffte man auf eine reibungslose und relativ schnelle Abwicklung dieses Prozesses. Aber spätestens von 1998 an war klar geworden, dass man den Fall Ungarns nicht unabhängig von den anderen Beitrittswilligen behandeln würde.

Hans van den Broek, EU-Kommissar, der zu diesem Zeitpunkt in der Kommission für die Erweiterung zuständig war, hat in einem Interview gegenüber dem ungarischen Wochenblatt HVG ganz klar gesagt: „Alles ist eine Frage der Politik – auch der Zeitpunkt der Erweiterung. Wir, die Kommission, haben keine Präferenzen vis-à-vis den einzelnen Nationen. Das Maximum, was wir tun können, ist der Versuch, uns an die von den Regierungschefs angenommenen Prinzipien zu halten, das heißt, jedes Beitrittsland nach seiner eigenen Leistung zu beurteilen.“

Darum ging es eben: Unabhängig von den politischen Einstellungen – das heißt, egal, ob man der rechten oder der linken Seite der politischen Szene zugeordnet werden kann – haben Politiker und Fachmänner unisono die Meinung vertreten, Ungarn sei für eine Mitgliedschaft eher geeignet als jene anderen Beitrittskandidaten, mit denen wir in einen Topf ge-

worfen worden waren und deren Zahl von den ursprünglichen sechs mittlerweile auf zehn aufgestockt worden war. Die ziemlich allgemeine Ausgangsposition lautete wie folgt: Nach der Wende 1989/1990 geriet Ungarn wie auch die anderen postkommunistischen osteuropäischen Länder in eine sehr schwere Wirtschaftskrise. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging um etwa zwanzig Prozent zurück, die Inflation hat sich beschleunigt, und die vorher unbekannte Arbeitslosigkeit nahm zu. Mit den Worten des weltbekannten ungarischen Ökonom János Kornai war das die Umwandlungskrise. Aber Ungarn war eines der wenigen Länder, die von dieser Krise nicht so verheerend betroffen waren. Die Inflationsrate betrug in den schlimmsten Jahren 1991 bis 1992 35 Prozent, während einige von unseren Nachbarn unter einer Hyperinflation gelitten haben, und die Arbeitslosenrate von zwölf Prozent lag auch deutlich unter der vieler anderer Staaten.

Nach diesen schwierigen Jahren der Umwandlung hat auch der Wirtschaftsaufschwung in Ungarn früher und schneller begonnen als in den anderen Beitrittsländern. Nach dem strengen und konsequent vollzogenen Stabilitätspakt in 1995 erlebte man in Ungarn ab dem dritten Quartal des Jahres 1996 ein immer stärkeres Wachstum, das sich erst sechs Jahre später, Ende 2002 – nicht zuletzt wegen der veränderten internationalen Konjunktur –, abzuschwächen begann.

Man darf auch nicht aus dem Auge verlieren, dass die Integration Ungarns in Europa praktisch mit der Wende angefangen hat. Im Jahre 1991 wurde der Assoziierungsvertrag mit der Europäischen Gemeinschaft unterschrieben, und schon zu diesem Zeitpunkt waren die Schwerpunkte des ungarischen Außenhandels sehr deutlich gesetzt. Im Jahre 1989 hatte man nur 25 Prozent des Außenhandels mit den Mitgliedsländern der damaligen EG abgewickelt. Vier Jahre später hatte sich

dieser Anteil verdoppelt und erreichte fünfzig Prozent. Heute – nach etwa weiteren zehn Jahren – beträgt der Anteil der 15-köpfigen Europäischen Union etwa 75 Prozent an dem inzwischen auf ungefähr das Dreifache angewachsenen ungarischen Außenhandel. Und wenn man bedenkt, dass zwei Drittel dieses Umsatzes sich auf nur drei Länder (Deutschland, Österreich und Italien) konzentrieren, kann man wohl behaupten, dass hier noch viele Wachstumschancen verborgen sind.

Der Assoziierungsvertrag als Vehikel der kontinuierlichen Öffnung der Märkte hat auch dazu beigetragen, dass sich im Bereich der verarbeitenden Industrie die Ausdehnung des gegenseitigen Handels besonders rasch vollzog und die durch den Vertrag unter Druck gesetzten ungarischen Produzenten ein Niveau erreicht haben, das eine bestimmte Selbstsicherheit in Bezug auf die Anpassung an die EU gewährt.

Ähnlich wie der Außenhandel hat sich auch die Eigentumslage in Ungarn völlig verändert. In den neunziger Jahren war das Staatseigentum – bis auf wenige Ausnahmen wie ein Teil der Energiewirtschaft, Massenverkehr und Restpositionen in der Agrarwirtschaft – total verschwunden, die Unternehmen sind entweder privatisiert worden oder sang- und klanglos untergegangen. Dieser Prozess wurde nicht zuletzt von dem immer größer werdenden Kapitaleinfluss begleitet. Die ausländischen Inhaber haben nicht nur so genannte Grüne-Wiese-Investitionen verwirklichen können, sondern von Anfang an haben sie auch an der Privatisierung teilgenommen (auch das hat dieser Entwicklung sehr genutzt, dass in Ungarn der so genannte Entschädigungprozess grundsätzlich nicht den ehemaligen Besitzern zugute kam, sondern für alle offen war).

Um das Land für die Investoren noch attraktiver und transparenter zu machen, war man zu weit gehenden Liberalisierungen bereit. Hilfsmittel waren Steuer-

erleichterungen und andere durch den Fiskus ausgeübte Stimulationsmaßnahmen, deren Bedingungen mehr und mehr an die Größe beziehungsweise die regionale Platzierung der Investitionen geknüpft wurden. Eine besondere Anziehungskraft hatten die zollfreien Zonen, die sich dort befindenden Produktions- und Dienstleistungsstätten haben im letzten Jahr ungefähr ein Drittel des ungarischen Exports produziert. Im Jahre 2000 betrug das Gesamtvolumen der ausländischen Investitionen in Ungarn ungefähr 45 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, das heißt etwa das Zehnfache dessen, was zur gleichen Zeit in Portugal gemessen wurde. Die Situation Ungarns weicht von der Portugals oder Irlands nicht nur in dem Sinne ab, dass die ausländischen Direktinvestitionen schon vor dem EU-Beitritt eine viel größere Rolle spielen; die Neuen werden ihre Politik zu Gunsten der Investoren nach dem Beitritt nicht fortsetzen dürfen. Trotz all der oben erwähnten positiven Entwicklungen in den neunziger Jahren ist Ungarn kurz vor dem Beitritt zur Europäischen Union noch sehr benachteiligt. Was das Bruttoinlandsprodukt angeht, entspricht es heute ungefähr 53 Prozent des EU-Durchschnitts und wird in zehn Jahren höchstens auf 75 Prozent ansteigen. Noch größer ist das so genannte regionale Gefälle, wobei die Hauptstadt Budapest und ihre Umgebung schon jetzt über dieser „Armutsgrenze“ liegen, während große Teile von Ostungarn noch weniger entwickelt sind. Was die Löhne und Gehälter betrifft, beträgt ihre Kaufkraftkapazität gemäß einer in Österreich ausgeführten Studie nur 22 Prozent, verglichen mit dem westlichen Nachbarland – die entsprechenden Zahlen lauten im Falle der Slowakei 26, Polens 31, Tschechiens 44 und Sloweniens 55 Prozent.

Die OECD hat in einem ähnlichen Vergleich festgestellt, dass die in der verarbeitenden Industrie beschäftigten Un-

garn nur dreißig Prozent des EU-Durchschnitts verdienen, ebenso an der Kaufkraft gemessen (bei den Polen sind es 46, bei den Tschechen 51 Prozent).

Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sich in dem international statistisch noch nicht erfassten Jahr 2002 diese Vergleiche verbessert haben, nachdem in Ungarn der Nettoverdienst stark angestiegen ist, was einerseits die Inlandsnachfrage ankurbelte, anderseits aber nicht wenig dazu beigetragen hat, dass das Staatshaushaltsdefizit im letzten Jahr wieder gestiegen ist.

In dieser Situation ist es von besonderer Bedeutung, wie groß der Nettovor teil des EU-Beitrittes ausfallen wird. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ging man davon aus, dass Ungarn mit jährlich zwei bis drei Milliarden Euro Nettotransfer rechnen kann. Leider steht fest, dass in den Jahren 2004 bis 2006 unserem Land insgesamt nur 1,3 bis 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen werden, was zum einen auf die Aufstockung der Zahl der Beitrittsländer von sechs auf zehn, zum anderen auf die inzwischen aufgetretenen Finanzierungsschwierigkeiten des EU-Budgets zurückzuführen ist. Besonders groß ist die Enttäuschung des ungarischen Agrarministeriums, wo man mit jährlich mindestens 1,6 Milliarden Euro gerechnet hatte. Nach dem Stand der Dinge muss man sich in den Jahren 2005 bis 2006 mit je vierzig Prozent dessen zufrieden geben.

Zeitliche Verzögerung auf der einen, unerfüllte Erwartungen auf der anderen Seite – kein Wunder, dass in Ungarn nach so vielen Jahren der Euphorie und Begeisterung eine Art Skepsis eingetreten ist. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Was ist von unserer EU-Mitgliedschaft eigentlich zu erwarten? In früheren Meinungsumfragen konnte eine überwiegend positive EU-Haltung in der ungarischen Bevölkerung beobachtet werden, aber zum Zeitpunkt der Volksabstimmung

*Die Schätzung der EU über den Union-Finanzsaldo in Ungarn
(in Millionen Euro)*

	2003	2004	2005	2006
Hilfe vor dem Beitritt*	197	234	199	124
Agrarunterstützungen	0	155	486	590
Aufschließunterstützungen	0	372	361	580
Sonstiges	0	51	84	108
Gesamte Unterstützungen	197	812	1130	1402
Zoll und andere Einzahlungen	0	81	81	81
Mwst.-Einzahlungen	0	87	93	96
Beiträge auf BIP-Grund	0	500	505	526
Britische Zurückzahlung	0	70	72	75
Gesamte Einzahlungen	0	738	751	778
Jahresbilanz	197	74	379	624

* Die Summen können bis 2006 abgerufen werden.

über diese Frage war diese Mehrheit praktisch verschwunden. An dem am 12. April durchgeführten Referendum nahmen nur 47 Prozent der Wählerschaft teil, und obwohl das Ergebnis (achtzig Prozent für den Beitritt) überzeugend war, darf nicht übersehen werden, dass nur weniger als die Hälfte der ungarischen Wähler diesen Schritt gutgeheißen haben. Natürlich darf man auch nicht unerwähnt lassen, dass eine in Ungarn nicht unbedeutende politische Kraft in dieser Frage in der letzten Zeit einige Kurven genommen hat. Im Jahre 1998, als die Beitrittsverhandlungen offiziell und feierlich eröffnet wurden, wurde Ungarn noch durch eine sozialistische Regierung vertreten. Zum Zeitpunkt des eigentlichen Anlaufens der Verhandlungen war schon die von den konservativen Parteien geprägte neue Regierung an der Macht. Doch diese Koalition hatte damals ebensodem Beitritt zugestimmt und nahm die Verhandlungen mit großem Kräfte-einsatz auf. Nachdem sich aber erste Schwierigkeiten abzeichneten, ging der ungarische Ministerpräsident Viktor Or-

bán auf Distanz. Von ihm stammt der viel zitierte Satz: „Es gibt Leben auch außerhalb der Europäischen Union.“ Im Frühjahr 2002 fanden in Ungarn wieder Parlamentswahlen statt, und die von Orbán geführten Rechtsparteien verloren diese knapp. Infolgedessen wich in der zweiten Jahreshälfte die frühere Regierungspartei Fidesz immer mehr von der Pro-EU-Haltung ab, was natürlich nicht ohne Konsequenzen in der eigenen Wählerschaft blieb. Man kann nur vermuten, dass bestimmte europäische politische Kräfte (nicht zuletzt in der auch von Orbán geschätzten Europäischen Volkspartei) eine Art Seelenmassage ausgeübt haben, um dieser aus der Sicht der Erweiterung ungünstigen Wandlung Einhalt zu gebieten. Nach vielen zweideutigen Aussagen ist Orbán letzten Endes zu dem Schluss gekommen, dass – in seinen Worten – „die Vorteile ein kleines bisschen überwiegen gegenüber den Nachteilen“. Es hat aber nur wenig geholfen, die potenzielle rechte Wählerschaft war der Volksabstimmung weitgehend fern geblieben.